

Foto: Andrew Mayovsky

Bildungspolitik im Zeichen der Begabtenförderung: Seite 34

Warum Ungarn Bildung nicht nur als Wissensvermittlung, sondern als kulturelles und europäisches Zukunftsprojekt versteht

Modernisierung der Streitkräfte: Seite 36

Wie Ungarn mit deutscher Unterstützung sicherheitspolitische Herausforderungen angeht

Ein Platz in Europa: Seite 37

Warum Budapest an der EU festhält, aber nationale Souveränität verteidigt

Ungarns Wahl 2026: Seite 39

Warum Viktor Orbán trotz neuer Herausforderer gute Chancen auf eine weitere Amtszeit hat

Ein starkes Netzwerk: Seite 40

Wie das MCC Bildung, Werteorientierung und freien akademischen Dialog verbindet

Die Donau steht als Symbol für die Verbindung jener europäischen Werte, die einst selbstverständlich waren und heute im Wandel stehen.

Ein Blick nach Ungarn

Vorbild Deutschland – Vorbild Ungarn? Ideen und Perspektiven aus Ostmitteleuropa VON PETRA SZALONTAI UND BENCE BAUER

Ungarn und Deutschland sind seit Jahrhunderten eng miteinander verbunden. Zahlreiche historische Wechselwirkungen und gemeinsame Erfahrungen belegen die tiefe Verbundenheit beider Länder. Selbst wenn diese Verbindungen manchmal nur indirekt spürbar waren, stand Ungarn doch stets unter dem Einfluss des deutschen Kultur- und Zivilisationsraums. Über die Jahrhunderte hinweg gibt es unzählige Beispiele, die zeigen, dass die deutsch-ungarische Zusammenarbeit allen Widrigkeiten zum Trotz beständig geblieben ist. Die Grundlage dieser Verbindung bildet immer gegenseitiger Respekt und Verständnis – eine seltene und wertvolle Konstante in der Geschichte. Aus dieser Perspektive erscheint es wenig überraschend, dass in Ungarn bis heute ein grundsätzlich positives Bild der Deutschen vorherrscht, dessen zentrales Element die Hochachtung ist. Dieses Bild ergänzt sich um ein Ideal: Deutschland wird oft als ein nahezu perfektes Land wahrgenommen, in dem praktisch alles gut funktioniert. Ein Vorbild, an dem sich Ungarn und ganz Ostmitteleuropa orientieren können. Bis heute wirkt dieses Deutschlandbild in vielen Bereichen nach – auch in der Politik. Gleichzeitig ist jedoch unübersehbar: Die aktuellen Ungarn-Debatten in den deutschen Medien sagen mehr über Deutschland selbst aus als über Ungarn.

Gerade deshalb ist es bedeutsam – und Ziel dieser Publikation –, zu prüfen, ob das Bild von Deutschland, das in Ungarn auch 35 Jahre nach der Wende noch lebendig ist, seine Berechtigung behält. Das Westeu-

ropa und die deutsche Gesellschaft, die lange Zeit als Vorbilder für Mittel- und Osteuropa dienten, sind heute kaum wiederzuerkennen. Viele der früher geschätzten Eigenschaften sind verblasst. In einem Europa, das zunehmend seine Identität zu verlieren scheint, werden Menschen, die anders denken und dies offen aussprechen, schnell ausgegrenzt.

Missverständnisse sollen vermieden werden: Ziel dieser Publikation ist es nicht, das positive Deutschlandbild zu zerstören. Im Gegenteil: Sie zeigt auf, in welchen Bereichen Ungarn im Vergleich zu Deutschland bemerkenswerte oder gar herausragende Ergebnisse erzielt. Damit wird ein sachlicher Vergleich ermöglicht, der beide Länder inspirieren kann, ihre Zusammenarbeit und Entwicklung voranzutreiben.

Die Autoren dieser Publikation teilen eine wesentliche Gemeinsamkeit: Sie kennen sowohl die deutsche als auch die ungarische Realität. Sie können Aspekte des ungarischen Alltags und der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen beleuchten, die in deutschen Medien häufig wenig Beachtung finden. Auf den folgenden Seiten werden Bildung, Alltag in Ungarn, Klima- und Verteidigungspolitik, die diplomatischen Beziehungen der Länder und die europäische Fachpolitik ebenso behandelt wie die Vertreibung der Ungarndeutschen, die bevorstehenden Parlamentswahlen in Ungarn und die Debatte um die Rechtsstaatlichkeit. Auch die Mission des Mathias Corvinus Collegiums wird erläutert. Diese Publikation richtet sich an all jene, die neugierig auf die tatsächliche Realität sind – an Menschen, die Ungarn nicht nur als

„anders“ sehen, sondern als Spiegel eines Westeuropas, dessen Werte sie einst selbst hochhielten. Ein Europa, dessen Ideale heute an der Donau wieder aufleben und das Inspiration für zukünftige Entwicklungen und die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bieten kann.



Petra Szalontai ist Projektkoordinatorin am DUI in Budapest/Ungarn.



Fotos: MCC

Bence Bauer ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium (MCC) in Budapest/Ungarn. Zuvor war er stellvertretender Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist Jurist mit Abschlüssen in Deutschland und Ungarn, Mitherausgeber des „Hungarian Conservative“, publiziert zu zeitgeschichtlichen und europapolitischen Themen in verschiedenen Medien in deutscher, englischer und ungarischer Sprache und ist regelmäßig Kommentator in diversen Radio- und Fernsehsendungen. Er ist Träger des Ungarischen Verdienstkreuzes in Gold und Mitglied des Aufsichtsrates der Buchhandelsgesellschaft Libri-Bookline. Zuletzt erschien sein Buch „Ungarn ist anders“ bei MCC Press.



Talentförderung baut Brücken zwischen Wissen und Zukunft – im Vordergrund eine der führenden Hochschulen Ungarns, die Corvinus-Universität und die Freiheitsbrücke in Budapest.
Foto: ABB Photo

Bildung und Begabung – Perspektive aus Ungarn

Wie sollen wir junge Menschen ausbilden und nach welchen Ideen? Einige Überlegungen aus einem der führenden Begabtenförderungswerke Ungarns **VON BENCE BAUER**

In einer Welt schnellen globalen Wandels tut es not, eine junge Generation auszubilden, die fähig und willens ist, ihren globalen Platz verständlich und sinnhaft einzunehmen. Hierzu ist es wichtig, eine solide Grundlage zu definieren, die ihre Ausbildung trägt. Nicht nur lexikalische Kenntnisse, sondern auch Anwendungsfertigkeiten, Wissen um Verfahren sowie auch ein persönliches, individuelles Mentoring sind relevant. Im Folgenden sollen als Diskussionsanreiz einige Gedanken darüber vorgelegt werden, wie dies in Ungarn betrachtet wird.

Ein selbstbestimmtes, wertegeleitetes Leben setzt voraus, sich seiner geistig-kulturellen Wurzeln zu vergewissern und zu definieren, woher wir kommen und was wir anstreben. In Ungarn ist die Bewahrung der abendländischen Kultur ein zentrales Fundament im Bildungs- und Kulturbereich. Es geht um die Grundlagen Europas, seiner geistigen Wurzeln und seiner Ideengeschichte. Wenn wir in Ungarn von europäischer Identität sprechen, dann meinen wir eine auf historisch tradierten nationalen Identitäten basierende gemeinsame europäische Herkunftsgeschichte. Sie fußt auf den jüdisch-christlichen Werten unseres Kontinents und ist eine ideelle Bezugsgröße in der Ausbildung der jungen Generation.

Bildung für sozialen Aufstieg

Ohne diesen Bezugs- und Orientierungspunkt verlieren wir unseren geistig-moralisch-seelischen Kompass, der zur Ermöglichung unserer Persönlichkeit, unserer Individualität und unseres Entscheidungshorizonts unabdingbar wichtig ist.

Im heutigen, an natürlichen Rohstoffen armen Europa ist es mittlerweile ein Gemeingut geworden, die Bildung als einen intellektuellen Rohstoff zu bezeichnen. Wir können es uns in Europa nicht leisten, Begabungen nicht zu erkennen oder gar zu verlieren. Die Bildungsschere zwischen bil-

dungsnahen und -fernen Haushalten geht aber bereits im Teenageralter deutlich auseinander; hier muss durch gezielte Förderung auch von talentierten, doch in bildungs- oder finanzschwachen Haushalten lebenden jungen Leuten gegengesteuert werden. Daher sind ihnen durch kostenfreie Bildungsmöglichkeiten Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, die sie sonst nicht hätten – sei es durch zusätzliche Angebote, verstärkte Förderung oder individuelle Betreuung. Entscheidend sollen Begabung und Leistung sein. Bildung ist und bleibt immer noch das beste und sicherste soziale Aufstiegsversprechen.

Ungarn besitzt immer noch strukturschwache Randgebiete, die teils vom Fortschritt abgekoppelt wurden. Sie sind verstärkt von Abwanderung und Verlust der intellektuellen Ressourcen betroffen. Um jungen Menschen eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat zu bieten und gleichzeitig zur Entwicklung ihrer lokalen Gemeinschaften beizutragen, müssen Bildungs- und Karrieremöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Ziel ist es, regionale Disparitäten zu verringern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und ländliche Räume lebenswerter zu gestalten. Dabei verdienen auch benachteiligte Regionen, autochthone Minderheiten sowie Auslandsungarn besondere Förderung. Bildungseinrichtungen kommt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zu, da sie als Motoren der Entwicklung in die Regionen hineinwirken können.

Internationale Perspektiven schaffen

Ziel muss es sein, junge Leute auszubilden, die nicht nur heimatverbunden, sondern gleichzeitig auch weltoffen und polyglott sind. Sie sollen über den nationalen Tellerand hinaus blicken können und Erfahrungen, Wissen und Kontakte im Ausland sammeln, doch ihr dort erworbenes Wissen wieder in ihrem Heimatland einbringen –

zum eigenen Nutzen und zum Nutzen ihrer Ursprungsgemeinschaften. Der internationale Austausch, die Vernetzung, die Konnektivität sind wichtig und entscheidend, bilden sie doch eine sichere Grundlage für eine internationale Atmosphäre des Vertrauens, des gegenseitigen Respekts und der Völkerverständigung. Der internationale Horizont ist und bleibt eine Bereicherung für jeden jungen Ungarn. Diesen Erfahrung- und Wissensschatz wieder in die Heimat zurückzubringen und zum Allgemeinwohl nutzbar zu machen, muss Ansehen einer guten Bildungspolitik sein. So lässt sich Abwanderung qualifizierter Kräfte mindern.

Nach 1989/1990 verschwanden postkommunistische Muster in Mittel- und Osteuropa nicht über Nacht. Viele Denkweisen wirken bis heute nach. Es braucht eine neue Generation, um die Diktaturerfahrung hinter sich zu lassen.

Interdisziplinarität als Mehrwert

Die Jugend der Wendezeit hatte mit den Folgen der Einparteiensherrschaft zu kämpfen: fehlende Mittel, Erfahrung und internationale Kompetenz. Vielleicht bewegen sich erst die um 2000 Geborenen selbstständig und selbstbewusst in Europa – sie kennen nur die EU-Mitgliedschaft. Damit diese Haltung wächst, sind gezielte internationale Programme nötig. Ungarn schuldet das seiner Jugend, der länger als in Westeuropa solche Chancen fehlten.

Über den Tellerand zu schauen, ist nicht nur im internationalen Austausch wichtig, sondern beginnt idealerweise schon im eigenen Umfeld – etwa durch extracurriculare Programme, soziale Projekte oder auch im regulären Unterricht. Viele Begabtenförderungswerke setzen bewusst auf interdisziplinären Austausch, bei dem Fächer belegt werden, die über das eigene Studien- oder Berufsprofil hinausgehen. Dies fördert ein Verständnis für komplexe

gesellschaftliche Probleme, die vielfältige Perspektiven erfordern. Ziel ist es, nicht einseitig spezialisierte „Fachidioten“, sondern vielseitig interessierte, exzellent ausgebildete Fachkräfte hervorzuheben, die auch ein solides und breites Grundlagenverständnis für viele zeitgenössische Fragen und Problemstellungen entwickeln können. Wesentlich dafür ist ein enger Kontakt zu Dozenten, sowie ein verlässliches Mentoring-System, das Studenten im Studienalltag unterstützt.

Für viele Ungarn ist es eine historische Errungenschaft, angeblich sicher geglaubte Wahrheiten nie als solche hinzunehmen und vieles zu hinterfragen. Rede und Widerrede, These und Antithese sind Grundbausteine freier Rede und ergebnisoffener Debatten und der Motor der Wissenschaft. Bildungsträger müssen es ihren Studenten erlauben, ja sie dazu anhalten, stets mehrere Positionen kennenzulernen und einen gesunden Wettstreit der Ideen zuzulassen. Die jungen Menschen müssen dann selbst entscheiden, welche Argumente sie für überzeugender halten. In den, wenn auch für gewöhnlich polarisierten, Debattenräumen in Ungarn hat es sich doch eingebürgert, verschiedene Positionen zur Geltung kommen zu lassen und auch die

andere Seite zu hören. Debatten müssen mannigfaltig, intellektuell anspruchsvoll und breit angelegt sein, mit vielen guten Argumenten auf beiden Seiten. Eine lebendige Streitkultur muss auch in den Bildungseinrichtungen gefördert werden. Moderne Probleme der öffentlichen Debattenkultur wie Cancel Culture, Kontaktschuld und Einengung der Diskursräume sind für viele Ungarn aus historischer Sensitivität einfach nicht vorstellbar. Die Diktaturerfahrung hat die Ungarn gelehrt, dass es immer gefährlich ist, nur eine bestimmte Meinung zuzulassen. Daher lesen sie gewohnheitsmäßig zwischen den Zeilen und haben oftmals eine hohe Sensibilität für Einschränkungen der Freiheit. Die freie Rede und freie Debattenräume zu verteidigen, ist auch ein gemeinsames europäisches Anliegen.

International und interdisziplinär, heimatverbunden und weltoffen: Dies sind die Ideale für eine gebildete, vielseitige junge Generation. In der Welt von anderen zu lernen, sich Debatten, Prozesse, Verfahrensweisen, Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten anzueignen und sie dann zu Hause zum Wohle der eigenen Gemeinschaft anzuwenden, das ist das hehre Ziel einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. Debattenräume sollen offen, inklusiv und vielfältig bleiben. So kann auch Europa gelingen, eine echte Vielfalt in Einheit – mit einer Generation an jungen Menschen, die am ehrlichen Austausch und einer gelebten Völkerverständigung interessiert sind. Sie sind ihrem Heimatland verbunden und können auf dieser sicheren und festen Grundlage eine europäische Identität schaffen, die uns Europäer verbindet und die uns von so vielen anderen in der Welt auf wohlwollende Weise unterscheidet. Das ungarische Bildungswesen und die Ungarn sind offen, sich auf Europa einzulassen. Tun Sie es uns nach!

Bence Bauer ist Direktor am DUI in Budapest/ Ungarn.



Bence Bauer

Foto: MCC

Budapest, Paris oder Berlin?

Wo ist das Leben am schönsten? Ich wohnte in allen diesen Städten – es gibt ein paar Unterschiede **VON BORIS KÁLNOKY**

Ich bin in Westeuropa aufgewachsen, aber lebe und arbeite seit Jahrzehnten in Budapest. Meine westlichen Freunde fragen oft, wie es denn ist, in Budapest zu leben – im Vergleich zu anderen Städten, in denen ich früher lebte. Etwa in Paris oder Berlin.

Es gibt einige Unterschiede. Obwohl viele Budapester die Regierung nicht mögen, gibt es keine gewalttätigen Demonstrationen, und auch keine Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten. Tränengas kennt man hier eher aus Auslandsnachrichten aus London, Paris oder Berlin. Messerstechereien sind vor allem ein westliches Thema. Der erste Mai scheint im Westen besonders beliebt als perfektes Datum für Steinewerfen und Schlagstockeinsätze. Bei uns ist es ein Familientag.

Die Zahl der Verbrechen ist niedrig, insbesondere Sexualverbrechen. 2023 wurden in Frankreich je 100.000 Einwohner 109 Frauen Opfer von Vergewaltigungen, in Deutschland 29, in Ungarn neun (laut Eurostat, 2025). Wir können unsere Teenager also abends relativ ruhigen Gewissens ausgehen lassen, und junge Frauen fühlen sich auch im Dunkeln vergleichsweise sicher. Der Kriminalitätsindex für London liegt bei 58, für Paris bei 55, für Berlin bei 44, aber Budapest gilt mit einem Index von nur 24 als sehr sicher (laut Numbeo, 2025).

Auch für Juden ist Budapest eine der sichersten Städte Europas. In Westeuropa sind sie tätlichen Angriffen ausgesetzt. In Deutschland nahmen antisemitische Vorfälle von 2021 bis 2023 um 75 Prozent zu, in Frankreich um 185 Prozent und in Großbritannien um 82 Prozent (laut Anti-Defamation League, 2025), während solche Vorfälle in Ungarn selten sind – so dass israelische Fußballspiele aus Sicherheitsgründen oft in Budapest stattfinden. Diffuse Vorurteile gibt es auch hier, doch die Regierung verfolgt jedoch gegen Antisemitismus seit Jahren



Im Licht der untergehenden Sonne erhebt sich die Freiheitsstatue auf dem Gellértberg in Budapest – ein Symbol dafür, dass manche Werte in Ungarn Bestand haben. **Foto: Jane Biriukova**



Boris Kálnoky

Foto: MCC

eine Politik der Null-Toleranz, mit Aufklärungsprogrammen an den Schulen und Universitäten.

Wer Kinder hat, und mehr als nur Schule für sie will – in Budapest gibt es großartige und preiswerte Musikurse. Musik ist Ungarns Nationalschatz – und eine hochwertige Musikausbildung bleibt erschwinglich.

Ebenfalls Spitze ist die Sportausbildung: Schwimmen, Fechten, Rudern, Fußball, Judo, Karate, es gibt alles, was das Herz begehrt, in höchster Qualität. Ungarn gewinnen gemessen an der Bevölkerungs-

zahl überdurchschnittlich viele Medaillen. Es gibt wunderbare Schwimmbäder, ohne Belästigung durch Migranten, und einen permanenten Zirkus.

Wer keine Kinder hat, jedoch welche will und bangt auf die Kosten schaut – dafür gibt es Baukindergeld, Baby-Kredit, Großeltern-Kindergeld (damit die Mutter arbeiten kann, bekommen die Großeltern Geld für Kinderbetreuung), und zwei Jahre Mutterchaftsgeld. Kita-Plätze gibt es für alle gratis.

Junge Menschen, die schwer eine bezahlbare Wohnung finden, erhalten von der

Regierung Billigkredite für die erste Wohnung – wenn sie 18 und berufstätig sind.

An Schulen begegnen Lehrer und Schüler einander zumeist mit Respekt. Viele Lehrer begreifen sich nicht nur als Vermittler von Wissen, sondern wollen menschliches Vorbild sein. Zu Beginn des Schuljahres wird gemeinsam die Nationalhymne gesungen, die ein Gebet ist. Alle – Lehrer, Eltern, Schüler – spüren, dass es hier um etwas Großes geht, nicht nur für sie persönlich, sondern für ihr Land. Die Schulabschlussfeier ist immer auch ein emotionaler Augenblick, für die Schüler wie für die Lehrer. Die Lehrer – und im Kindergarten die Kindergärtnerinnen – bekommen dann immer schöne Geschenke und Blumen.

Frauen bekommen häufiger Blumen als im Westen – zum Geburtstag, Valentinstag, Frauentag, Hochzeitstag und, ganz wichtig, zum Namenstag. Ein Mann, der das vergisst, wird es spüren.

Für westliche Augen mag es kurios wirken, doch ungarische Männer halten Frauen die Tür auf, helfen in den Mantel und bezahlen im Restaurant – etwas, das hier als Wertschätzung gilt.

Ungarn sind oft höflicher als viele Menschen im Westen, aber sie können auch viel grober fluchen. Sie sind auch witziger, wenn ihnen gerade danach ist. Und romantischer.

All das erschließt sich freilich nur jenen, die die Sprache verstehen, die als eine der schwierigsten der Welt gilt. Ich beruhige meine Freunde: So schwer ist es nicht, Chinesisch und Arabisch sind schwerer.

Boris Kálnoky ist Leiter der Medienschule am MCC in Budapest/Ungarn. Zuvor war er als Auslandskorrespondent für die Tageszeitung „Die Welt“ tätig, mit Stationen in Budapest und Istanbul. Als freischaffender Journalist schreibt er für deutschsprachige Medien in Deutschland und in der Schweiz.

Zwischen Idealismus und Realität: Europas grüner Irrweg

Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialinteressen gehen Hand in Hand **VON GERGELY KITTA**

Laut einer antiken Legende war König Midas ein ehrgeiziger, aber unüberlegter Mann. Als ihm Dionysos, der Gott des Weines und der Freude, einen Wunsch für eine geleistete Wohltat zugestand, wünschte er sich, dass alles, was er berührte, zu Gold werden solle – denn wer Gold hat, hat alles, was er braucht. Diese Geschichte erinnert an die Umweltpolitik und den ambitionierten „Green Deal“ der Europäischen Union, der 2019 durch Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, vorgestellt wurde. Demnach sei die Umstellung auf grüne Energie die Lösung all unserer Probleme – doch bedauerlicherweise ist dem nicht so.

Bisher sind wir einer Lösung des Problems des Klimawandels kein Stück nähergekommen. Zwischen 2019 und 2025 stieg die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 415 auf 427 ppm (parts per million) an. Obwohl stets betont wird, wie stark die erneuerbaren Energien weltweit ausgebaut werden, stagniert deren Anteil am globalen Energiemix. Der Zubau kann schlicht nicht mit dem wachsenden Bedarf mithalten, und so liegt der Anteil fossiler Energieträger am globalen Energiemix weiterhin bei 80 bis 85 Prozent. Der EU ist es zwar gelungen, ihre zuvor zweistelligen Treibhausemissionen auf sechs Prozent der globalen Emissionen zu senken. Die EU kann das Weltklima jedoch nicht allein retten – zumal

andere Akteure wie die USA dieser Politik den Rücken kehren. Auch das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015, den globalen durchschnittlichen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu beschränken, scheint zu scheitern.

Sowohl Deutschland als auch die EU halten jedoch unbeirrt an den Zielen fest. Neue Regulierungen wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Klimaschutzgesetz, die Besteuerung von Kraftstoffen und CO₂-Emissionen sowie die strengen Auflagen für Heizsysteme oder das Verbrenner-Aus schaden der Wettbewerbsfähigkeit.

Diese erzwungene, oft ideologisch getriebene Ökologisierung hat auch in der Gesellschaft Gegenreaktionen hervorgerufen. In Europa kam es zu beispiellosen Protesten gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Auch in Deutschland gingen die Menschen aufgrund existenzbedrohender Zustände auf die Straße. Die Unzufriedenheit in der Gesellschaft zeigte sich auch anhand der Neuordnung politischer Machtverhältnisse. Bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament verlor die Fraktion der Grünen/EFA ein Drittel ihrer Mandate.

Was ist die Lehre daraus? Obwohl die ökologische Nachhaltigkeit für wichtig

erachtet wird, darf diese nicht blind durchgesetzt werden. Eine gute Politik vermag unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Mit ideologischer Verbohrtheit, Verboten und Belehrungen wird dem Klimaschutz letztlich mehr geschadet als genützt. Die Notwendigkeit des Gleichgewichts zwischen Umweltinteressen und wirtschaftlichen und sozialen Interessen wird auch in der Budapest Erklärung betont, die unter der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde. Dies wird auch in der UN-Klimakonferenz vertreten, auf die sich die EU regelmäßig beruft – wie bei

der Forderung, dass ökologische Nachhaltigkeit „integriert“ behandelt werden muss, also unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen.

Lehrreich für die EU und auch Deutschland ist hierbei das Ende der Geschichte von König Midas, denn die angenommene Lösung aller Probleme wurde selbst zum Problem. Der Legende nach verwandelte er sogar seine Tochter in Gold, als er sie umarmte. Der König erkannte, dass er einen Fehler begangen hatte: Gold war nicht die Lösung für alles. Auf seinen Wunsch hin entzog Dionysos ihm die besondere Fähigkeit wieder. Werden die EU und Deutschland rechtzeitig erkennen, dass eine erzwungene, unüberlegte Ökologisierung kein Allheilmittel für die Probleme der Wirtschaft, der Gesellschaft oder gar den Klimawandel selbst darstellt? Mehr noch: Sie kann den sozialen Frieden, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Akzeptanz der ökologischen Umstellung endgültig zerstören. Es lässt sich nicht ausschließen, dass unter Bundeskanzler Friedrich Merz eine pragmatischere Politik als noch bei seinem Vorgänger Einzug hält.



Ungarns Energiemix besteht zu rund einem Fünftel aus Solarstrom. **Foto: dee karen**



Gergely Kitta

Foto: MCC

Gergely Kitta ist Leiter für Strategie und Kommunikation des Instituts für Klimapolitik am MCC sowie Direktor für die am MCC tätigen Think-Tank-Organisationen in Budapest/Ungarn.

Herausforderung Sicherheit

Ungarns Modernisierung der Streitkräfte und Deutschlands unterstützende Rolle: Ein neues Kapitel europäischer Verteidigungskooperation **VON WOLF ILLNER**

Moderne und einsatzbereite Streitkräfte sind das zentrale Thema in Europa und innerhalb der NATO – und das nicht erst seit der russischen Invasion am 24. Februar 2022. Bereits 2014, mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas, prägte dieses Thema den NATO-Gipfel in Wales, auf dem sich alle Mitgliedsländer nicht nur zur Sicherstellung leistungs- und einsatzfähiger Streitkräfte, sondern auch zur Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts verpflichteten.

Als eines von wenigen NATO-Ländern hat Ungarn bereits damals seine nationale Sicherheitsstrategie überprüft. Dabei zeigte sich, dass zwei Faktoren die Sicherheit des Landes maßgeblich bestimmen: zum einen die illegale Migration, zum anderen die allgemeine Bedrohungslage. Diese sicherheitspolitischen Herausforderungen erforderten eine Neuaufstellung der ungarischen Streitkräfte. Bei der Umsetzung der Modernisierung spielten drei wesentliche Faktoren eine zentrale Rolle.

Erstens, dass die Hauptwaffensysteme der ungarischen Streitkräfte noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammten. Im Zuge der nach 2014 verhängten Sanktionen gegen Russland war es jedoch nicht mehr möglich, Ersatzteile für diese Systeme zu beschaffen. Zudem waren viele der ungarischen Waffensysteme bereits so veraltet, dass selbst Russland nur noch eingeschränkt Ersatzteile liefern konnte. Darüber hinaus entsprachen diese Systeme nicht den Fähigkeitsanforderungen der NATO. Es war daher zwingend erforderlich, sie durch moderne und leistungsfähige Waffensysteme zu ersetzen.

Es braucht Personal und Schlüsselfähigkeiten

Zweitens braucht man für moderne Streitkräfte genügend Personal, und um dieses zu generieren, sollte die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft gestärkt werden. In vielen europäischen Staaten, wie auch in Ungarn, wurde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und somit ein wesentlicher Bindungsfaktor zur Gesellschaft unterbrochen. In Ungarn kam hinzu, dass die Streitkräfte in der Bevölkerung noch immer als Teil des Staatsapparates angesehen wurden und somit als privilegiert galten.

Drittens hat die ungarische Regierung in ihrer sicherheitsstrategischen Analyse festgestellt, dass zu einem wehrhaften Staat, der sein Land im Rahmen der NATO verteidigen will, auch Schlüsselfähigkeiten im Bereich der Verteidigungsindustrie gehören, und da diese in Ungarn fast nicht existierten, brauchte man auch hier einen Ansatz, um diese aufzubauen.

Zur Modernisierung der ungarischen Streitkräfte hat das ungarische Verteidigungsministerium im Dezember 2016 das Modernisierungsprogramm ZRINYI 2026 aufgesetzt. Absicht war es, innerhalb von zehn Jahren die Streitkräfte so zu modernisieren, dass alle NATO-Forderungen erfüllt werden. Das Programm war auf drei Säulen aufgebaut: erstens auf der technischen und strukturellen Modernisierung der Streitkräfte, zweitens auf Bestrebungen, den Soldatenberuf attraktiver zu machen, und drittens auf dem Aufbau einer leistungsstarken Reserve.

Von Anfang an wurde bei der Ausarbeitung des Modernisierungsprogramms der enge Schulterschluss mit den deutschen Streitkräften und dem deutschen Verteidigungsministerium gesucht. Bereits 2017 fanden hierzu erste Gespräche statt, wesentlich war das Treffen zwischen Ministerpräsident Orbán und Bundeskanzlerin Merkel am 5. Juli 2018 in Berlin, bei dem die Bundeskanzlerin die enge Kooperation zwischen Deutschland und



Besonders hervorzuheben ist das deutsch-ungarische Kooperationsprojekt mit Rheinmetall, das sowohl die Produktion des modernen Schützenpanzers Lynx in Zalaegerszeg als auch eine Munitionsfabrik in Várpalota umfasst. **Foto: ZenitX**

Ungarn hervorhob und umfassende deutsche Unterstützung zugesagt hat. Ein gesondertes Augenmerk lag dabei auf der Reduktion der Anzahl unterschiedlicher Waffensysteme in Europa, um effizienter und effektiver zusammenarbeiten zu können.

So beschaffte Ungarn im Wesentlichen deutsche Waffensysteme. Die Bundeswehr begleitete von Anfang an die Modernisierung der ungarischen Streitkräfte und bildete auch ungarische Soldaten in Deutschland aus. Die Gespräche fanden nicht nur auf Ebene der Verteidigungsministerien, sondern auch zwischen den Führungen der Landstreitkräfte und Luftwaffen statt. Bereits Anfang 2019 wurde eine formelle Kooperation zwischen der deutschen und ungarischen Luftwaffe sowie dem deut-



Wolf Illner

Foto: Privat

schon und ungarischen Heer unterzeichnet, die die Basis der bilateralen militärischen Zusammenarbeit bildete. Ohne diese deutsche Unterstützung hätten die ungarischen Streitkräfte die Modernisierung nicht in so großen und schnellen Schritten angehen können. Man muss sich das so vorstellen, als ginge man aus einem analogen Zeitalter in eine neue digitale Welt oder Dimension. Computergestützte Waffensysteme, digitale Ausbildung und Training erforderten ein komplettes Umdenken. Deutsche Erfahrungen in der Nutzung der Waffensysteme wurden ebenso eingebracht wie das Umdenken in der Gefechtsführung mit diesen neuen Systemen. Hervorzuheben bleibt die herausragende Leistung der ungarischen Streitkräfte hierbei. Ich darf mit Verlaub sagen, dass ich in Europa kein weiteres Land kenne, das zur gleichen Zeit seine kompletten Streitkräfte modernisiert. Neue Strukturen, neue Waffensysteme, neue Infrastruktur und ein neues Projekt-/Prozessmanagement im Rahmen des Fähigkeits- und Beschaffungsmanagement einführt, bei gleichzeitiger Weiterführung aller militärischen Aufgaben, wie zum Beispiel der Bereitstellung von bis zu 1000 Soldaten für EUFOR und KFOR.

Nicht nur im Bereich Einführung neuer Waffensysteme unterstützte Deutschland Ungarn, auch bei der Aufstellung des Multinationalen Division Center. Die durch den Wales Summit initiierten Readiness Action Pläne (RAP) führten zur Aufstellung von verschiedenen multinationalen Divisionsstäben, um die schnell verfügbaren militärischen Kräfte führen zu können. Entlang der NATO-Ostgrenze gab es diese in Polen und Rumänien. Auf Initiative

Ungarns konnten Kroatien und die Slowakei gewonnen werden, sich an der Aufstellung eines Multinationalen Divisionsstabes Center zu beteiligen. Mit der vollen Einsatzbereitschaft des Multinationalen Division Center im Jahr 2024 hat Ungarn zusammen mit Kroatien und der Slowakei einen weiteren essenziellen Fähigkeitszuwachs entlang der NATO-Ostgrenze sichergestellt.

Ungarische Regierung hat Wesentliches beigetragen

Kooperation der Verteidigungsindustrie Durch die umfassenden Beschaffungsprogramme sind ebenfalls wichtige rüstungspolitische Fähigkeiten geschaffen worden, die in sogenannten Joint Ventures zwischen dem ungarischen Staat und verschiedenen Rüstungsunternehmen entstanden sind. Hervorzuheben ist hierbei Rheinmetall, die eine Produktionsstätte ihres modernen Schützenpanzers Lynx in Zalaegerszeg sowie eine Munitionsfabrik in Várpalota betreiben.

Insbesondere die Sicherung der Munitionsversorgung ist eine absolute Schlüsselfähigkeit, zu der die ungarische Regierung durch ihr Engagement wesentlich beigetragen hat. Unternehmen wie Dynamit Nobel Defence bauen in Vecsés eine Produktionsstätte für die schultergestützte Panzerabwehrwaffe RGW 110 und werden sowohl deutsche, als auch andere NATO-Partner beliefern. KNDS Deutschland errichtet mit den ungarischen Streitkräften ein modernes Instandsetzungswerk für Kettenfahrzeuge sowie eine Schulungsstätte für logistisches und technisches Fachpersonal. Zudem wird in Gyula ein von Airbus

betriebenes Werk für Hubschrauberersatzteile aufgebaut. Diese Liste ließe sich fortführen.

Sicherlich war der Unterstützungsanteil Deutschlands beim Aufbau der neuen militärischen Fähigkeiten größer als die ungarischen Gegenleistungen, jedoch hat es diese ebenfalls gegeben. Zum Beispiel bei der Ausbildung von Spezialkräften am neuen Hubschraubermodell H145M oder in der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten in dem weltweit modernsten Simulationcenter für Panzer und Artillerie in Tata.

Ungarn hat es geschafft, innerhalb weniger Jahre seine Streitkräfte mit modernsten westlichen Waffensystemen auszustatten. Hinzu kommt, dass man Beschaffungen im Rahmen schlanker Strukturen zeitlich so umgesetzt hat, dass man vor der jetzt aufgrund der zunehmend angespannten Sicherheitslage aufkommenden Beschaffungsforderungen vieler anderer europäischer Länder ist.

Unbürokratische und schlanke Strukturen, bedarfsorientierte Beschaffung und die zeitgerechte Bereitstellung finanzieller Mittel durch die ungarische Regierung haben dies sichergestellt.

Eine enge militärische Zusammenarbeit trägt wesentlich zur Sicherheit in Europa bei und stärkt NATO-Fähigkeiten, die wir in diesen Zeiten dringend brauchen.

Oberstleutnant i. G. Wolf Illner war von 2017 bis 2020 Leiter des Verteidigungsattaché-Stabes der Deutschen Botschaft in Budapest und ist seit 2020 leitender militärischer Berater des ungarischen Generalstabschefs. Er ist Initiator und Organisator von Budapest Security Dialogue.

Vom Lechfeld zum Mauerfall

Traditionen amtlicher Beziehungen: Deutschland und Ungarn verbinden mehr als tausendjährige Beziehungen **VON ENRICO SEEWALD UND URS UNKAUF**

Zu Beginn des 10. Jahrhunderts beschleunigte die Abwehr militärischer Einfälle der Ungarn die Bildung des Heiligen Römischen Reichs. Nach dem Sieg über die Ungarn am 10. August 955 auf dem Lechfeld gab es keinen Krieg mehr zwischen beiden Ländern. Dynastische Bindungen entstanden, wie bei den Eheschließungen des ersten ungarischen Königs Stephan mit der bayerischen Herzogstochter Gisela und der ungarischen Königstochter Elisabeth mit dem Landgrafen Ludwig IV. von Thüringen.

Vielfältige Beziehungen bestanden zu Ungarn auch während dessen Zugehörigkeit zum Habsburgerreich, besonders nach dem Ausgleich mit Österreich von 1867. Die starke wirtschaftliche Entwicklung führte zur Errichtung eines Konsulats des Norddeutschen Bundes in Pest. Laut einem deutschen Lexikon von 1867 war Pest „der Mittelpunkt des wissenschaftlichen und literarischen Lebens in Ungarn.“ Der preußische König Wilhelm I. ernannte Ludwig von Waecker-Gotter im Januar 1869 zum Konsul. Nach seiner Ernennung war ihm eingeschärft worden, sich nur um Handelsbelange, nicht um Politik zu kümmern. Er berichtete aber oft über die politische Entwicklung in seinem Gastland, wofür ihn Bundeskanzler Otto von Bismarck kritisierte. Dennoch blieb er auf seinem Posten und wurde nach der Reichsgründung zum Generalkonsul ernannt. Nach der Vereinigung von Obuda, Buda und Pest zur Haupt-

stadt Budapest empfahl er den Erwerb eines Konsulatsgebäudes.

Die Intensität der deutsch-ungarischen Beziehungen im späten 19. Jahrhundert betraf nicht nur den Handel, sondern auch Wissenschaft und Kultur. Deutsche Ingenieure und Unternehmer beteiligten sich am Aufbau der ungarischen Industrie, während zahlreiche ungarische Studenten an deutschen Universitäten studierten. Die deutsche Sprache war im Königreich Ungarn weit verbreitet, die deutsche Literatur fand ein aufgeschlossenes Publikum.

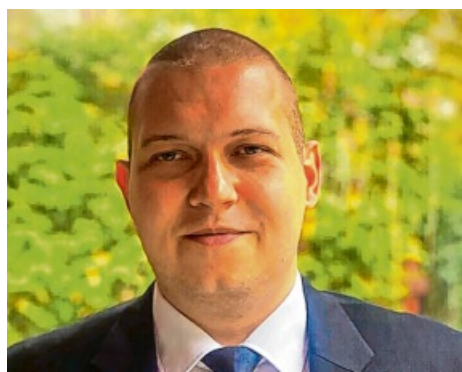
Das Ende des Ersten Weltkriegs 1918 und der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie führten zur vollständigen Neuordnung Mitteleuropas. Für Ungarn bedeutete der Vertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 eine der größten territorialen Zäsuren seiner Geschichte. Das Land verlor über zwei

Drittel seines Staatsgebietes und mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung. Deutschland, selbst durch den Vertrag von Versailles schwer getroffen, zeigte für das ungarische Schicksal großes Verständnis. In der gemeinsamen Erfahrung nationaler Erniedrigung und wirtschaftlicher Not wuchs ein besonderes Mitgefühl, das sich in der schnellen Wiederanknüpfung amtlicher und wirtschaftlicher Kontakte zeigte.

1920 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die ungarische Gesandtschaft an der Corneliusbrücke in Berlin war in der Amtszeit der Missionschefs Gustav Emich von Emöke und Koloman von Kanya ein politisches und gesellschaftliches Zentrum. Die deutschen Gesandten in Budapest wie Graf Johannes von Welczek oder Hans Georg von Mackensen berichteten über Ungarns Bedürfnis nach internationaler



Auf den Spuren von Stephan dem Heiligen und Gisela von Bayern – ein Band zwischen Deutschland und Ungarn, das seit über tausend Jahren besteht. Foto: Nathalie Photography



Urs Unkauf

Foto: Privat



Enrico Seewald

Foto: Privat

Anerkennung und die Suche nach einem verlässlichen europäischen Partner.

Die Beziehungen Ungarns zu den beiden deutschen Nachkriegsstaaten waren starken Schwankungen unterworfen. Während die Bundesrepublik und Ungarn erst in den 1970er-Jahren diplomatische Beziehungen aufnahmen, bestanden bereits zuvor Kontakte auf wirtschaftlicher Ebene. Die DDR und Ungarn kooperierten im Warschauer Pakt unter sowjetischer Dominanz. Eine bedeutende Rolle spielte Ungarn für die deutsche Wiedervereinigung. Die Öffnung der Grenze zu Österreich für Flüchtlinge aus der DDR am 11. September 1989 durch die ungarische Regierung forcierte den Kollaps des ostdeutschen Regimes. In Ungarn wurde der erste Stein aus der Mauer geschlagen. Eine Tafel am Berliner Reichstag erinnert an diese mutige Tat. Unweit davon befindet

sich auf einem Teil des Areals ihrer Mission in der DDR die neue ungarische Botschaft im Herzen der deutschen Hauptstadt. Sie ist seit ihrer Eröffnung am 11. September 2001 zu einem würdigen Ort für den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur in Berlin geworden.

Der Diplom-Politologe Enrico Seewald forscht und publiziert seit mehr als 20 Jahren zu diplomatischen Themen. Er war beim Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin für die Diplomatie der DDR zuständig.

Urs Unkauf, Historiker und Soziologe, ist Generalbevollmächtigter für Außenbeziehungen des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) mit Sitz in Berlin. Zuvor war er dessen Bundesgeschäftsführer und Gastwissenschaftler an der ADA-Universität in Baku.

Nicht Europafeind, sondern Freund

Zur Rolle Ungarns in der Europäischen Union **VON BALÁZS PÉTER MOLNÁR**

Wo sehen Ungarns Europapolitiker den Platz Ungarns? Zweifelsfrei in der Europäischen Union.

Die Ungarn sind historisch tief in Europa verwurzelt, und die europäische Identität ist ein untrennbarer Bestandteil der ungarischen Identität. Als Ungarn im Jahr 2004 der Europäischen Union beitrug, dachten viele, dass die Nation nach ihrer bewegten und leidvollen Geschichte nun endlich dort angekommen sei, wo sie schon immer hingehörte. Die Mitgliedschaften im Binnenmarkt, im Schengen-Raum sowie in der NATO sind im fundamentalen Interesse Ungarns. Entsprechend hoch ist die gesellschaftliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft sowie das Interesse an den Belangen der EU – was sich in der fünf höchsten Wahlbeteiligung bei den jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament widerspiegelte. Ungarns Bevölkerung ist jedoch überzeugt, dass die EU nur dann erfolgreich sein kann, wenn sich die Mitglieder nicht selbst aufgeben müssen. Für sie gilt das Motto „Einheit in Vielfalt“ und nicht die Utopie der Vereinigten Staaten von Europa.

Diese Haltung zieht Konflikte mit EU-Institutionen nach sich, deren Ziel die stetige Ausweitung der eigenen Kompetenzen ist. Die Ungarn reagieren jedoch – auch aufgrund historischer Erfahrungen – empfindlich auf Beschneidungen der nationalen Souveränität. Ungarn strebt vielmehr den Erhalt der jüdisch-christlichen Wurzeln Europas sowie der ungarischen und europäischen Identität an. Unter anderem aufgrund dieser Überlegungen bezog Ungarn bereits 2015 einen migrationskritischen Standpunkt. Mittlerweile zeigt sich immer deutlicher, dass die EU durch die illegale Migration nur schwächer und unsicherer geworden ist. Ungarn schützt getreu seiner vertraglichen Verpflichtungen die EU-



Ungarn ist überzeugt, dass die EU nur erfolgreich sein kann, wenn die Mitgliedstaaten ihre eigene Identität bewahren können; für das Land gilt das Prinzip „Einheit in Vielfalt“. Foto: Mounir Taha



Balázs Péter Molnár

Foto: Patrícia Bodnár

Außengrenze und verhinderte dabei über eine Million illegale Grenzübertritte. Im Gegenzug wurde Ungarn mit einer einmaligen Strafzahlung von 200 Millionen Euro sowie einer täglichen Strafzahlung von einer Million Euro belegt. Besonders kurios mutet es in diesem Zusammenhang an, dass der an der Ostgrenze gebaute Zaun wiederum die volle politische und finanzielle Unterstützung der EU-Kommission genießt, während Ungarn seine Grenzanlagen selbst finanzieren muss.

Im Ukrainekrieg engagiert sich Ungarn für eine diplomatische Lösung, da dieser Konflikt nicht auf dem Schlachtfeld gelöst werden kann. In diesem Geiste werden die Gespräche zwischen den Präsidenten Donald Trump und Vladimir Putin in Budapest vorbereitet. Um es mit den Worten von Sebastian Kurz zu sagen: Wir vertrauen darauf, dass „Budapest eine

Brücke zum Frieden in der Ukraine sein kann“.

Bei der Frage der Entscheidungsfindung hält Ungarn am Prinzip der Einstimmigkeit fest und lehnt Mehrheitsentscheidungen in der Außen-, Sicherheits- und Erweiterungspolitik ab. Nur Einstimmigkeit garantiert, dass auch die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten gewahrt bleiben. Die EU-Institutionen und einige Mitgliedsländer üben daher politischen und finanziellen Druck auf Ungarn aus. Ein Beispiel hierfür ist das Rechtsstaatlchkeitsverfahren nach Artikel 7 EUV, aufgrund dessen Ungarn ein erheblicher Teil der EU-Fördermittel verweigert wird. Die ungarische Wahrnehmung des Rechtsstaatlchkeitsverfahrens ist, dass es weder objektiv ist noch den Gleichheitsgrundsatz der Mitgliedstaaten respektiert. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Europäische Kommission einem Mitglied-

staat aus rein politischen Gründen Mittel vorenthält. Dieses Vorgehen steht im starken Gegensatz zur Freigabe von EU-Mitteln in Höhe von fast 60 Milliarden Euro an Polen unmittelbar nach der Abwahl der in Brüssel schlecht gelittenen PiS-Regierung. Bemerkenswert ist daran, dass die Freigabe ohne jegliche Reformen erfolgte.

Die wirtschaftspolitischen Konzeptionen Ungarns rücken eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU in den Mittelpunkt. Eine Abkehr von der fehlgeschlagenen und ideologisch aufgeladenen „grünen“ Politik, welche die europäische Wirtschaft zu ersticken droht, ist unabdingbar. Der drohende Niedergang der europäischen Automobilindustrie – in Teilen durch das Verbrenner-Aus selbst verschuldet – steht sinnbildlich für diese Entwicklung. Zudem gehört es zum volkswirtschaftlichen Grundwissen, dass Firmen nicht erfolgreich auf dem Weltmarkt konkurrieren können, wenn die Energiepreise in der EU drei- bis viermal höher sind als in den USA oder in China.

Die ungarische Ratspräsidentschaft 2024 hat zudem gezeigt, dass Ungarn als aufrichtiger Vermittler das Interesse aller Mitgliedstaaten berücksichtigen kann. Die Erklärung von Budapest zur Wettbewerbsfähigkeit, die Wiederaufnahme des EU-Erweiterungsprozesses auf dem Westbalkan, die Schengen-Mitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens, die Thematisierung demografischer Herausforderungen oder die Erklärung des Rates zur Förderung des jüdischen Lebens – all dies unterstreicht unser europäisches Engagement.

Balázs Péter Molnár ist Jurist und Diplomat, er ist stellvertretender Staatssekretär im Ministerium für Europäische Angelegenheiten und zuständig für die Europapolitik Ungarns. Zuvor war er mehrfach stellv. Staatssekretär und Diplomat in Brüssel und Wien.

Rechtsstaat und Unrechtsstaat

Die Antifa-Angriffe in Ungarn und ihr Nachspiel in Medien und Politik erwecken den Eindruck weltanschaulicher Befangenheit in Westeuropa **VON TRISTAN CSAPLÁR**



Zusammen mit dem Fall der Italienerin Ilaria Salis dürfte die Causa „Maja T.“, wie sich der nicht-binäre Simeon T. bezeichnet, die größte Medienwirksamkeit entfaltet haben und sinnbildlich für die ideologischen Konflikte stehen.

Foto: Jack_the_sparrow

Anfang 2023 erschütterten mehrere Angriffe die ungarische Hauptstadt, als eine Gruppe internationaler Linksextremisten Jagd auf vermeintliche Rechtsextremisten in den Straßen Budapests machte. Die darauffolgenden Entwicklungen und Prozesse werden gemeinhin als „Budapest-Komplex“ bezeichnet. Schnell entwickelten sich die Geschehnisse von einer ungarischen zu einer europäischen Angelegenheit, da es den Tätern teilweise gelang, in ihre Heimatländer zu fliehen, wodurch sie sich der ungarischen Justiz entzogen. Die juristische Aufarbeitung polarisiert die deutsche Öffentlichkeit und vertieft die politischen Gräben in der europäischen Politik. Weltanschauliche Nähe scheint dabei zunehmend über rechtsstaatliche Kriterien gestellt zu werden – eine besorgniserregende Entwicklung.

Historische Hintergründe

Deutschland und Ungarn waren in ihrer gemeinsamen Geschichte miteinander verwoben, und die Ungarn suchten immer wieder die Nähe zum deutschen Sprach- und Kulturraum, da die deutsche Sprache ihr „Tor in die Welt“ darstellte. Dies war auch im Zweiten Weltkrieg nicht anders. Für Ungarn gipfelte dieser Krieg in der Schlacht um Budapest, welche aufgrund ihrer Intensität und Dauer auch als „zweites Stalingrad“ bezeichnet wird. Am 11. Februar 1945 wagten die in der Burg eingeschlossenen deutschen und ungarischen Truppen sowie Zivilisten mit dem Mut der Verzweiflung einen Ausbruchsvorstoß gen Westen. Der Angriff auf die sowjetischen Stellungen entwickelte sich schnell zu einem Blutbad – von 24.000 Soldaten erreichten nur etwa 800 die deutschen Linien. Die Erinnerung an diesen Tag wird in Ungarn auf unterschiedlichste Weise begangen. Während sich rechtsextreme Gruppierungen zum „Tag der Ehre“ in Budapest sammeln, betrach-

tet die Mehrheit der Magyaren den Tag als ein Mahnmal für die Schrecken des Krieges. Die größte Gedenkveranstaltung ist die – politisch heterogene – „Gedenkwanderung“, bei der jedes Jahr mehrere Tausend Teilnehmer vom Burgviertel in die Budaer Berge ziehen. Die Veranstaltungen blieben stets friedlich – weder von rechter noch linker Seite kam es zu Gewalt.

Gewalt und Flucht

Dies änderte sich jedoch im Februar 2023, als Budapest zum Schauplatz brutaler Angriffe durch selbsterklärte Antifaschisten wurde. Diese in den deutschen Medien oft als „Hammerbande“ bezeichnete Gruppe griff in mindestens vier Fällen Passanten an, von denen sie lediglich aufgrund ihrer Kleidung annahm, es handle sich um Rechtsextremisten. Die Angriffe erfolgten als Gruppe und aus dem Hinterhalt, unter Verwendung von Hämmern, Schlagstöcken und Metallstangen – selbst am Boden liegende Opfer wurden weiter attackiert. Unmittelbar danach versuchten die Täter, ins Ausland zu flie-



Tristan Csaplár

Foto: MCC

hen. Einige entkamen, andere wurden bereits in Ungarn festgenommen. Ungarn stellte daraufhin Auslieferungsanträge – unter anderem an Deutschland. Die europäischen Partnerländer kamen diesen jedoch nur bedingt nach. In Deutschland wurden Tatverdächtige, gegen die es bereits laufende Strafprozesse gab, nicht ausgeliefert. Frankreich und Italien verweigerten die Auslieferungen eines albanischen sowie eines italienischen Beschuldigten, da die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Ungarn nicht gesichert sei. Die deutschen Behörden überstellten jedoch den damals 22-jährigen Simeon T. nach Ungarn.

Ein Politikum

Zusammen mit dem Fall der Italienerin Ilaria Salis dürfte die Causa „Maja T.“, wie sich der nicht-binäre Simeon T. bezeichnet, die größte Medienwirksamkeit entfaltet haben und sinnbildlich für die ideologischen Konflikte stehen. Beide Fälle entwickelten sich schnell zu einem Politikum, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In Deutschland werden vor allem die Rechtmäßigkeit der Überstellung sowie die Haftbedingungen kritisiert. T. wurde am 28. Juni 2024 nach Ungarn überstellt, nachdem tags zuvor das Kammergericht Berlin sowie der Bundesgerichtshof die Klage gegen die drohende Auslieferung zurückgewiesen hatten. Das Bundesverfassungsgericht wollte am nächsten Morgen die Auslieferung durch einstweiligen Rechtsschutz stoppen – zum Zeitpunkt der Bekanntgabe befand sich T. jedoch bereits in Ungarn. Politiker der Linkspartei und Grünen forderten öffentlich seine Rückkehr. Führende Grünen-Politiker wie Katrin Göring-Eckardt MdB und Daniel Freund MdEP reisten sogar nach Budapest. Kritik entzündete sich am möglichen Strafmaß von bis zu 24 Jahren sowie an den „unmenschlichen“ Haftbedingungen. Moniert wurde insbesondere die Isolati-

onshaft – ein Umstand, der auf die nicht-binäre Identität des Angeklagten zurückzuführen ist und der Sicherheit aller Beteiligten dienen soll. T. wird als biologischer Mann, unter Berücksichtigung seiner nicht-binären Identität, weder in ein Männer- noch in ein Frauengefängnis überstellt – aus Sorge um seine bzw. die Sicherheit anderer.

Politisch heikler ist jedoch der Fall von Ilaria Salis, einer italienischen Lehrerin, die ebenfalls an den Angriffen in Budapest beteiligt gewesen sein soll. Im Gegensatz zu T. gelang ihr die Flucht nicht. Nach ihrer Festnahme durch die ungarische Polizei befand sich Salis in Untersuchungshaft; ihr wurde vorgeworfen, zwei Personen attackiert und schwer verletzt zu haben. Die Schwere der „potenziell tödlichen“ Verletzung führte zu einem geforderten Strafmaß von elf Jahren. Die italienische Allianz von Grünen und Sozialisten stellte Salis daraufhin als Kandidatin zur Europawahl auf. Nach ihrer Wahl im Juni 2024 erhielt sie politische Immunität und wurde aus der ungarischen Untersuchungshaft entlassen. Seither gehört Salis dem Europäischen Parlament an und belehrt die ungarische Regierung über politische Gewalt und Rechtsstaatsmängel. Es steht dem Europäischen Parlament nicht gut zu Gesicht, dass Personen, die der schweren Körperverletzung angeklagt sind, in seinen Reihen sitzen und auf Kosten der europäischen Steuerzahler Lektionen über Demokratie und Menschenrechte erteilen. Im Oktober 2024 beantragte Ungarn die Aufhebung ihrer Immunität. In einer Plenarsitzung warf ihr Ministerpräsident Viktor Orbán vor, „friedliche Menschen mit Eisenstangen zusammengeschlagen“ zu haben. Salis konterte mit der Aussage, dass sie hoffe, dass sich das Parlament „für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte“ entscheide, anstatt „der Arroganz einer ‚illiberalen Demokratie‘ mit autokratischen Tendenzen nachzugeben“. Ende September 2025 lehnte der Rechtsausschuss mit 13 zu 12 Stimmen die

Aufhebung ihrer Immunität ab. Anfang Oktober 2025 folgte das Europaparlament dieser Empfehlung mit 306 zu 305 Stimmen.

Unverständnis in Ungarn

Die offenen Sympathien für vermeintliche linksextreme Gewalttäter stoßen in Ungarn auf Unverständnis – insbesondere, da politische Gewalt in Ungarn kaum existiert. Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen seitens der Antifa lösen zwar Kopfschütteln aus, überraschen jedoch nicht, da es sich um ideologische Verbündete handelt. Überraschend war jedoch, dass auch Teile der deutschen Medien und des politischen Establishments die Angeklagten unterstützen. Dass sich neben der Linkspartei auch führende Grünen-Politiker solidarisierten sowie die Ablehnung der Aufhebung von Salis' Immunität sowohl im Ausschuss als auch im Plenum, sorgte in Ungarn für Entsetzen. Es drängt sich in der Debatte zunehmend der Eindruck einer weltanschaulichen Befangenheit in weiten Teilen der westeuropäischen Politik und Medienlandschaft auf. Offenbar war auch eine Mehrheit des Europäischen Parlaments nicht bereit, der Forderung der ungarischen Regierung zu folgen, und stellte sich schützend vor eine mutmaßliche Gewalttäterin. Dafür wird nicht nur bereitwillig die grundsätzliche Ablehnung politischer Gewalt infrage gestellt, sondern auch die eigene Glaubwürdigkeit riskiert und ein weiterer Vertrauensverlust der Bürger in Politik und Rechtsstaat in Kauf genommen. Diejenigen, die sich immer wieder lautstark die Verteidigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Menschenrechte auf die Fahne geschrieben haben und dennoch ein solches Vorgehen tolerieren, sollten sich ernsthaft fragen, ob sie damit der Demokratie und Europa nicht einen Bärendienst erweisen.

Tristan Csaplár ist Forschungskoodinator am DUI in Budapest/Ungarn.

Orbán hat gute Chancen

Ungarn wählt im Frühling 2026 ein neues Parlament. Viktor Orbáns Herausforderer Péter Magyar steht vor Problemen. Dennoch dürfte die Wahl spannend werden **VON ÁGOSTON SÁMUEL MRÁZ**

Ungarn hat ein ausgewogenes Wahlsystem: In 106 Bezirken werden Direktkandidaten gewählt, und weitere 93 Abgeordnete werden über Listenstimmen bestimmt. Das Mehrheitselement führt dazu, dass der Gewinner gute Chancen hat, allein zu regieren, während die Verlierer dennoch eine starke Repräsentanz erhalten.

Viktor Orbán hat die letzten vier Parlamentswahlen gewonnen. 2010 war der Sieg relativ einfach, da seine Konkurrenz schon vor der Wahl gescheitert war. Orbáns erste Regierung zwischen 1998 und 2002 war in guter Erinnerung, und er hatte Zeit, sich auf die damalige politische und wirtschaftliche Krise vorzubereiten. Orbán bzw. sein Bündnis aus Fidesz und Christdemokraten gewann sogar mit Zweidrittelmehrheit. Mit diesem Mandat führte er mehrere Verfassungs-, Wirtschafts- und Wahlrechtsreformen durch, wobei das Mehrheitselement im Interesse der Regierbarkeit gestärkt wurde. 2014 und 2018 gewann Orbán erneut mit der verfassungsgebenden Mehrheit. Zwei Faktoren spielten noch eine wichtige Rolle: Die Mittelschicht konnte ihren Wohlstand steigern, und die Bekämpfung illegaler Migration stieß auf gesellschaftliche Unterstützung. Es ist daher keine Überraschung, dass die politischen Widersacher Orbáns alles versuchten, um ihn bei der Wahl 2022 zu schlagen. Die linke und die rechte Opposition vereinigten sich und stellten einen gemeinsamen Ministerpräsidentenkandidaten erfolglos gegen ihn auf.

Die Vorgeschichte ist wichtig

Diese Vorgeschichte ist wichtig, um die politische Gegenwart zu verstehen. Aufgrund des Ukrainekrieges und der schwächelnden deutschen Wirtschaft leben die Ungarn heute nicht viel besser als vor vier Jahren. Eine Wiederwahl nach 16 Regierungsjahren ist immer eine Herausforderung. Darüber hinaus ist der Herausforderer, Péter Magyar, kommunikativ talentiert, gilt jedoch als aggressiv und stand bis 2024 selbst der Fidesz nahe – dies schadet seinem



Sowohl die Regierungspartei Fidesz, als auch die Oppositionspartei Tisza haben gute Chancen, die nächsten ungarischen Wahlen im April 2026 zu gewinnen. Im Bild der Sitzungssaal im ungarischen Parlamentsgebäude. **Foto: Jon Chica**

Grundvertrauen bei den Oppositionswählern. Diese Faktoren machen die Wahl im April 2026 besonders interessant.

Orbán hat jedoch gute Chancen, diesen beispiellos interessanten politischen Wettkampf zu gewinnen. Er kann die Vorteile seiner sozialen Marktwirtschaft, der Einheitssteuer und staatlicher Programme betonen, zum Beispiel Steuerfreiheit für Mütter mit mehreren Kindern und staatlich geförderte Kredite für die erste Wohnung. Er kann seine Erfahrung und die Vorzüge der politischen Stabilität betonen, die in der allgemeinen Unsicherheit vorteilhaft wirken können. Es ist auch wichtig, dass sein Herausforderer bei der Kanzlerfrage als schwach gilt: 45 Prozent wünschen sich weiterhin und nur 34 Prozent

Péter Magyar. Schließlich fördert auch das große Thema „Krieg und Frieden“ in der Ukraine Orbáns Chancen. Selbst die Hälfte der Oppositionswähler ist gegen eine Unterstützung der Ukraine und steht damit an Orbáns Seite. Sollte es zu einem Friedensgipfel unter der Regie Orbáns in Budapest kommen, würde dies seine Unterstützung innen- und außenpolitisch stärken. Die deutsche Öffentlichkeit ist oft unterinformiert und teils irreführend. Durch die negative Einstellung der Bundesregierung und der Medien kam es in den letzten Jahren zu einer Entfremdung zwischen den beiden Ländern. In den nächsten Monaten werden Umfragen und Medienberichte den Sieg der Opposition prophezeien. Umfragen sind jedoch längst zum



Ágoston Sámuel Mráz **Foto: Nézópont Institut**

Kampfmittel geworden, das den Wählern Hoffnung verkaufen und sie mobilisieren soll, doch sie geben nur bedingt Auskunft über die Kräfteverhältnisse. Diejenigen, die die ungarische Wahl 2026 wirklich verstehen wollen, müssen eine tiefere Analyse vornehmen, bei der Persönlichkeiten, Vorgeschichten, Wahlsystem und die aktuelle Stimmung einbezogen werden. Orbán hat gute Chancen, im Amt zu bleiben, da bei inhaltlichen Fragen weiterhin viele hinter ihm stehen. Es dürfte jedoch bis zur Wahl im April 2026 spannend bleiben.

Ágoston Sámuel Mráz ist Gründer und Direktor des Nézópont-Meinungsforschungsinstituts und Thinktanks. Außerdem ist er der CEO von CEPER Central European Perspectives Zrt.

Aus der Geschichte lernen

Am Beispiel der deutschen Gemeinschaft zeigt sich, dass die Anerkennung von Minderheitsrechten in Ungarn ein wichtiger Grundstein für das friedliche Zusammenleben ist **VON TAMÁS FONAY**

Im Januar 2026 jährt sich die Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen zum 80. Mal – eine nationale Tragödie, aus der sich europäische Lehren über Vielfalt, Minderheitenschutz sowie Solidarität ableiten lassen. Dies sind Aspekte, bei denen andere Mitgliedstaaten der EU von Ungarn lernen können.

Am 19. Januar 1946 verließ der erste Deportationszug den Bahnhof von Budaörs nahe Budapest und begann damit die Zwangsumsiedlung der Ungarndeutschen. Zwischen 1946 und 1948 wurde die Hälfte der deutschen Gemeinschaft, bis 230 000 Menschen, gegen ihren Willen aus Ungarn deportiert, größtenteils in die amerikanische und etwa ein Fünftel in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Dies geschah aus dem Prinzip der Kollektivschuld unter Verweis auf eine pauschale Schuldzuweisung. Ihnen wurde vorgeworfen, in den Kriegsjahren Hitlers Vorhut gewesen zu sein und sich als „faschistische Überbleibsel“ zu verhalten, die keine Gnade verdienen. Im Gegensatz zu den Juden wurden die Deutschen in Ungarn zwar nicht in Viehwaggons in den Tod transportiert, aber auch sie wurden vom Staat ihrer Lebensgrundlage und ihrer Würde



Am 19. Januar 1946 verließ der erste Deportationszug den Bahnhof von Budaörs (Wudersch) nahe Budapest und begann damit die Zwangsumsiedlung der Ungarndeutschen. **Foto: Dániel Gróznay**



Tamás Álmos Fonay

Foto: MCC

beraubt – ausschließlich aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Die Vertreibung und Verschleppung geschah jedoch nicht nur in Ungarn. Auf der Potsdamer Konferenz 1945 haben die Siegermächte in Artikel XIII beschlossen, dass „die Überführung der deutschen Bevölkerung... in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß“. Infolgedessen wurden nach dem Weltkrieg

insgesamt bis 14 Millionen Deutsche aus Osteuropa vertrieben. Die meisten, rund sieben Millionen, kamen aus Polen und dem Baltikum, drei Millionen aus der Tschechoslowakei. Im Vergleich dazu erscheint die Zahl von rund 200 000 aus Ungarn Vertriebenen gar gering. Zudem konnte im Gegensatz zu Polen und dem Sudetenland immerhin die Hälfte der Ungarndeutschen im Land verbleiben.

Die Geschichte nimmt eine bedeutende Rolle in der Selbstwahrnehmung Ungarns ein, daher überrascht es nicht, dass Ungarn bis heute das einzige Land ist, das 2012 einen Gedenktag zu Ehren der vertriebenen und verschleppten Ungarndeutschen einstimmig festlegte, um die im Namen des Staates begangene Ungerechtigkeit anzuerkennen. Die ungarische Regierung unterstützt neben dem Gedenken auch aktiv die 13 in Ungarn lebenden autochthonen Minderheiten bei der Bewahrung ihrer Identität und Kultur. Zwischen 2014 und 2018 hatte jede dieser 13 Nationalitäten lediglich einen Minderheitsvertreter der deutschen Minderheit ein ordentliches Mitglied des Parlaments. Dank der Unterstützung zur Stärkung der Vielfalt hat sich in den letzten 15 Jahren die Zahl der deutschsprachigen Kindergärten und Schulen vervielfacht.

Ebenso hat sich die Zahl derjenigen, die sich als Deutsch bekennen oder sich der deutschen Nationalität zurechnen, auf fast 130 000 erhöht. Den Stellenwert der Ungarndeutschen in der Gesellschaft unterstrich Ministerpräsident Viktor Orbán 2016 am Gedenktag des damaligen Unheils mit den folgenden Worten: „Die Deutschen in Ungarn können bis heute eine Kultur für sich beanspruchen, deren Fäden sich in das Gewebe der ungarischen Kultur eingewoben haben. Würde man diese Fäden herausziehen, würde das gesamte Gewebe auseinanderfallen.“

Auch hiermit zeigt Ungarn, dass die Anerkennung von Minderheitenrechten ein wichtiger Grundstein für das friedliche Zusammenleben in ethnischer und kultureller Vielfalt ist und die Aufarbeitung der Geschichte entscheidend bleibt, um aus den Tragödien der Vergangenheit die richtigen Schlüsse zu ziehen und solche Ereignisse wie die Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen nie wieder zuzulassen. Als solidarischer europäischer Partner schreitet Ungarn voran und kämpft für eine solche Vielfalt in Einheit innerhalb der EU.

Tamás Fonay ist Projektleiter am DUI in Budapest/Ungarn.



Das Mathias Corvinus Collegium basiert auf drei Säulen: engagierte Studierende, gezielte Begabtenförderung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl.

Fotos: MCC

Talentierte junge Menschen fördern

Ein Gespräch mit Zoltán Szalai, Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums (MCC), über die Mission des Bildungsnetzwerks **VON PETRA SZALONTAI**

Herr Szalai, wie würden Sie die wichtigste Mission des MCC im ungarischen und mitteleuropäischen Hochschulraum beschreiben? Inwiefern unterscheidet sich diese von anderen bereits existierenden Einrichtungen?

Die wichtigste Mission des Mathias Corvinus Collegiums (MCC) besteht darin, die talentiertesten jungen Menschen zu fördern und sie zu verantwortungsbewussten, weltoffenen und zugleich in ihrer kulturellen Identität gefestigten Persönlichkeiten zu entwickeln. Das MCC versteht sich als ein langfristig angelegtes Bildungsnetzwerk, das unabhängig von sozialer Herkunft Zugang zu hochwertiger, praxisorientierter und wertebasierter Bildung bietet. Wir begleiten junge Talente vom zehnten Lebensjahr bis zur Promotion und bieten eine Ausbildung, die Fachwissen, persönliche Entwicklung und soziale Kompetenz verbindet.

Im mitteleuropäischen Hochschulraum nimmt das MCC eine besondere Rolle ein, weil wir das klassische Universitätssystem ergänzen. Unsere Programme fördern analytisches Denken, gesellschaftliches Engagement und internationale Perspektiven. Was uns unterscheidet, ist unser ganzheitlicher Ansatz: Wir verbinden akademische Exzellenz mit praktischer Erfahrung, interdisziplinärem Denken und offenem Dialog – insbesondere zwischen Ost und West. Das MCC ist keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zu bestehenden Hochschulen. Wir schlagen Brücken zwischen Theorie und Praxis und bereiten Talente auf ihre gesellschaftliche Rolle vor.

Das MCC ist in den letzten Jahren stark gewachsen – wie kann Ihrer Meinung nach sichergestellt werden, dass trotz dieses schnellen Wachstums die Qualität erhalten bleibt?

Ja, das stimmt – das MCC ist in den letzten Jahren stark gewachsen, sowohl in Ungarn als auch im Ausland. Nur um einige Beispiele zu nennen: unsere Expansion in die Nachbarländer oder der Erwerb von Anteilen an der Modul University Vienna.

Unsere Strategie besteht darin, den Studenten einen umfassenden Bildungsweg zu bieten – durch Stipendien, Masterprogramme und Studienmöglichkeiten an führenden Universitäten weltweit.

2022 eröffneten wir in Brüssel ein Bildungszentrum, in dem junge Ungarn die EU-Strukturen direkt erleben. 2023 folgte eine Partnerschaft mit der ESMT Berlin, Deutschlands höchstgerankter Business School, wodurch jährlich über 20 unserer Studenten mit Stipendium in Berlin studieren. Außerdem kooperieren wir mit der Roger Scruton Legacy Foundation, was unseren Studenten Zugang zu den renommiertesten britischen Universitäten ermöglicht – etwa nach Oxford.

Unter dem Dach des MCC entstanden Forschungsinstitute zu Themen wie Migration, Klima, Jugendfragen oder den deutsch-ungarischen Beziehungen. Jährlich arbeiten zahlreiche internationale Gastprofessoren bei uns.

Von Anfang an war für uns klar: Wachstum darf kein Selbstzweck sein. Entscheidend bleibt die Qualität unserer Programme und die persönliche Förderung jedes Einzelnen. Jede neue Niederlassung basiert auf denselben pädagogischen Grundwerten – hohe Standards, persönliche Betreuung und Theorie-Praxis-Verbindung. Unser Ziel ist also nicht, möglichst groß zu werden, sondern möglichst gut – an jedem Standort.

Wie misst das MCC die gesellschaftliche Wirkung seiner Arbeit?

Als das MCC gegründet wurde, starteten wir zunächst mit dem Gymnasialprogramm – das Universitätsprogramm kam erst später hinzu. Was das MCC meiner Meinung nach wirklich einzigartig macht, ist, dass wir heute junge Menschen vom zehnten Lebensjahr bis hin zur Promotion begleiten können. Denn um wirklich Potenziale zu entfalten, darf man nicht erst in der Oberstufe beginnen. Sehr viel hängt nämlich vom familiären Hintergrund, von Motivation und Unterstützung ab – oft entscheidet das darüber, wer überhaupt auf ein gutes Gymnasium kommt.

Studien zeigen, dass Kinder mit ähnlichen kognitiven Fähigkeiten bis etwa zum zehnten Lebensjahr vergleichbare Leistungen erbringen. Danach hängt vieles vom Umfeld ab. Genau hier setzt das MCC an: Kinder erhalten ab dem Jungbegabtenprogramm gezielte Unterstützung – unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund. Ungarn hat eine sehr zentrale Struktur – eine große Hauptstadt und viele kleinere Städte –, und es ist uns wichtig, auch in den Regionen Chancen zu schaffen. Dies fördert soziale Mobilität.

Zusätzlich gibt es bei uns Programme wie das Roma-Talent-Programm, das Karpatenukraine- und Siebenbürgen-Programm, das Programm für Frauen in Führungspositionen oder die verschiedenen Formate unserer Debattenakademie. All diese Initiativen tragen dazu bei, dass junge Talente – egal woher sie kommen – die bestmögliche Förderung erhalten.

Wie sehen Sie aus Sicht des MCC die Zukunft der deutsch-ungarischen akademischen Beziehungen, insbesondere im aktuellen politischen Klima?

Das MCC versteht sich als Plattform in der Wissensvermittlung und des freien akademischen Dialogs. Dass dabei immer mehr deutschsprachige Wissenschaftler insbesondere das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am MCC als einen Ort der freien Rede erkennen, spricht für dieses offene Diskursklima. Zugleich sind diese Entwicklungen verträglich ob der in Deutschland feststellbaren Einengung der Diskursräume und der grassierenden Cancel Culture. Wir denken, dass eine wahrhaftige europäische Debattenkultur aus Mitteleuropa kultiviert und verbreitet werden kann. Dafür möchten wir einen Beitrag leisten. Das MCC bietet hierfür einen Begegnungsort für Wissenschaftler, Forscher, Medienschaffende und andere Persönlichkeiten.

Welche langfristige Strategie verfolgt das MCC im Hinblick auf die Internationalisierung – insbesondere in Richtung des deutschsprachigen Raums? Ist dies

Teil einer größeren Strategie, den ungarischen Konservatismus als Exportmodell zu etablieren?

Die langfristige Strategie des MCC im Hinblick auf die Internationalisierung dient in erster Linie dem Wohl ungarischer Studenten – sowohl jener in Ungarn als auch derjenigen in der Diaspora. Das MCC möchte talentierten jungen Menschen weltweit hochwertige Bildungsmöglichkeiten und internationale Perspektiven eröffnen, ohne dabei seine Wurzeln zu verleugnen. Derzeit verfügt das MCC über 13 Auslandsstandorte in fünf Ländern. Zwölf davon befinden sich in den Nachbarstaaten Ungarns und richten sich gezielt an die dort lebenden autochthonen ungarischen Gemeinschaften. Insgesamt betreibt das MCC neun Zentren in Rumänien sowie je ein Zentrum in der Ukraine, in Serbien und in der Slowakei. Das einzige Zentrum außerhalb dieses regionalen Rahmens befindet sich in Brüssel. Dieses Zentrum bietet den Studenten die Möglichkeit, die Entwicklungen in der Europäischen Union direkt zu verfolgen, sich mit den Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und an Seminaren zur europäischen Politikgestaltung im Rahmen der politischen Bildung teilzunehmen.

Nichts liegt der ungarischen Mentalität ferner, als die eigenen Überzeugungen oder

den ungarischen Konservatismus in andere Länder exportieren oder gar der dortigen Bevölkerung aufzwingen zu wollen. Jedes Volk soll seinen eigenen Weg im offenen Diskurs finden und gehen. Ungarn wünscht sich diese Freiheit für sich selbst und gesteht sie selbstverständlich auch allen anderen zu. Wir haben unsere eigenen gesellschaftlichen Debatten geführt und unsere Antworten gefunden; andere Länder gehen auf ihre Weise mit ähnlichen Fragen um. Es ist keineswegs die Absicht Ungarns oder des MCC, die souveränen Entscheidungen anderer Staaten zu untergraben. Ungarn kann lediglich seine eigenen Positionen entwickeln und diese als Denkanstoß anbieten. In diesem Sinne versteht sich das MCC als ein solches Angebot – als parteipolitisch neutrales Begabtennetzwerk, das sich großer Beliebtheit und Nachfrage erfreut. Derzeit bewerben sich rund acht Kandidaten auf jedes verfügbare Stipendium. Darüber hinaus engagiert sich das MCC aktiv dafür, in den jeweiligen Heimatregionen der Studenten intellektuelle und gesellschaftliche Anreize zu schaffen, um so die Entwicklung vor Ort zu fördern.

Der Interviewpartner Zoltán Szalai ist Germanist und Kulturhistoriker und seit 2009 Generaldirektor am MCC. Außerdem ist er Chefredakteur der Wochenzeitung Mandiner und Vorstandsmitglied der Buchhandels-gesellschaft Libri-Bookline. Er hat einen Masterabschluss in deutscher Sprache und Literatur der Eötvös-Loránd-Universität sowie einen Masterabschluss in Personalberatung der Universität Pécs. Seinen Dokortitel in Germanistik erwarb er an der ELTE. Er erhielt zahlreiche Stipendien an renommierten Institutionen wie Heidelberg, Frankfurt, München, London und Leipzig.

Impressum „Im Fokus“

Verantwortlich für den Inhalt der Verlags-sonderson: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit, Mathias Corvinus Collegium, Budapest/Ungarn; Web: www.magyar-nemet-intezet.hu; V.i.S.d.P.: Bence Bauer; Redaktionelle Umsetzung für „Die Tagespost“: Jakob Naser



Zoltán Szalai